

21.37

Bundesrätin Dipl.-Ing. Dr. Maria Huber (Grüne, Steiermark): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zusehende! Wir beschließen heute die Voraussetzungen, um die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes, kurz Cofag, abzuwickeln.

Eines muss man bei aller Kritik schon festhalten: Die multiplen Krisen der letzten Jahre, von der Coronapandemie angefangen über die unterbrochenen Lieferketten bis hin zum Ukrainekrieg (*Bundesrat **Steiner**: Bis zur österreichischen Regierung!*), waren für uns alle eine sehr herausfordernde Zeit. Das gilt selbstverständlich auch für die österreichischen Unternehmen. Die schwarz-grüne Bundesregierung war dazu gezwungen, rasch Entscheidungen zu treffen und schnell Maßnahmen auf den Weg zu bringen, und das wurde auch gemacht. Es wurde ein umfassendes Paket von Wirtschaftshilfen geschnürt, um in erster Linie – und das möchte ich hier auch noch einmal betonen (*Bundesrätin **Schumann**: Als Grüne wäre ich jetzt nicht zum Reden hinausgegangen!*) – Arbeitsplätze in unserem Land abzusichern (*Beifall bei den Grünen und bei Bundesrät:innen der ÖVP*) und plötzliche Massenarbeitslosigkeit durch eine Insolvenzwellen abzuwenden.

Ich denke, das ist unterm Strich auch gelungen. Selbstverständlich sind dabei auch Fehler gemacht worden, und die Lehren daraus wurden gezogen. (*Ruf: Jo!*) Mit diesem Gesetz (*Heiterkeit der Rednerin – allgemeine Heiterkeit*) – Entschuldigung! – schließen wir heute ein weiteres Kapitel der Coronapandemie, auch wenn das viele Menschen hier herinnen anscheinend nicht wahrhaben wollen. Die Aufgaben der Cofag gehen auf die Finanzbehörde über. Ich bitte um Zustimmung. (*Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

21.39

Vizepräsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Zu einer Stellungnahme hat sich Herr Bundesminister Dr. Magnus Brunner zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.

